

Hauptstadt Freunde und Helfer

Drogenfahnder und Dolmetscher sollen über Jahre Auftragsvergabe und Abrechnungen manipuliert haben. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen das Kartell. Die Beamten von der Drogenfahndung des Berliner Landeskriminalamts und die Kollegen aus dem Übersetzungsbüro von Kemal E., 52, verband mehr als nur gemeinsame Arbeit. Sie waren sich wahre Freunde und Helfer.

Mal soll der Dolmetscher E. zwei Kommissare zum Kurztrip ins Hotel Intercontinental nach Chicago eingeladen, mal einen Kommissariatsleiter in einer Suite des Hotels Erika in Kitzbühel untergebracht haben. Dann wieder soll er einem Beamten samt Gattin einen Abend im Grill-Room des Londoner Hotels Savoy mit anschließendem Besuch im Prince Edward Theatre spendiert haben.

Doch auch die Fahnder hatten offenbar ihren sprachbegabten Freunden, angeheuert für die Übersetzung abzuhörender Telefonate, einiges zu bieten. Daheim in der Wache zeichneten sie die Abrechnungen ihres Reisebegleiters angeblich wohlwollend ab - so wohlwollend, dass schon mal drei Anfahrten pro Arbeitstag bezahlt wurden oder eine Fachkraft kassierte, die in Wahrheit auf Ibiza urlaubte. Kemal E. jedenfalls machte einen Millionenumsatz mit der Polizei.

Seit einigen Monaten hat die Verbindung einen Knacks bekommen - und der Ruf Berlins als Filz-Hauptstadt neue Nahrung. Denn die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ein Dutzend Türkisch- und Arabisch-Dolmetscher und gegen fünf Polizeibeamte, die an dem Kartell der Kriminalen beteiligt gewesen sein sollen. Die Vorwürfe: Betrug, Bestechlichkeit, Bestechung.

Ermittelt wird auch gegen hochrangige Beamte, etwa gegen den früheren Polizeipräsidenten Berlins, Hagen Saberschinsky - wegen Vorteilsannahme für die Behörde. Und selbst die Berliner Innenverwaltung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, sie habe nichts gegen die anrühige Liaison zwischen Polizisten und Dolmetschern unternommen. Kemal E. sitzt derweil in strenger Untersuchungshaft und darf nicht einmal in die Gemeinschaftsdusche.

Gebildet hatte sich diese Multikulti-Version nach dem Mauerfall, als die Hauptstadt-Polizei endlich die lang ersehnte Erlaubnis zum Abhören bekam, jahrzehntelang ein Privileg der Alliierten. Anfang der neunziger Jahre bauten die Berliner Kriminalen eine eigene Telefonüberwachung auf - und akquirierten Übersetzer.

Bei einem Stundensatz von bis zu 44 Euro ist das ein lukratives Geschäft. 4 bis 4,5 Millionen Euro jährlich lässt sich Berlin die unscheinbare, aber für die Fahndung so wichtige Arbeit kosten. Denn im Jargon der Gangster kennen sich Landsleute meist besser aus als deutsche Beamte. Oftmals liefern geübte Dolmetscher, die Telefonate im Milieu abhören, die entscheidenden Tipps zur Ergreifung von Tätern. Die Grenze zwischen Übersetzungs- und Ermittlungstätigkeit ist fließend.

Doch im Berliner Landeskriminalamt war das Verhältnis zwischen Dolmetschern und Polizisten schon fast familiär. Wurde ein Drogenkurier live belauscht, kampierten die Simultanübersetzer schon mal tagelang auf Matratzenlagern bei der Dienststelle, Frau und Kinder, ebenfalls zur Stelle, regelten von dort die Dinge des Alltags.

Nur einmal hing der Hausseggen schief, als Mitte der neunziger Jahre ein Wessi auf den Berliner Markt drängte. Der Konkurrent aus dem Ruhrgebiet war billiger und bot, ein Novum in Berlin, Computer samt Programmen, mit denen die abgehörten Gespräche erfasst und ausgewertet werden können.

Die Berliner Übersetzer reagierten so prompt wie marktgerecht und boten ebenfalls die Anschaffung eigener Computer an - die sie der Polizei als Leihgabe kostenlos überlassen wollten. Und so nahm das Unheil seinen Lauf. Die Behörde, ohne Geld für eigene PC, geriet in die Abhängigkeit der Dolmetscher. Für insgesamt 70 Rechner erhielten die nach Überzeugung der Ermittler im Gegenzug Übersetzungsaufträge - alles vertraglich geregelt.

Denn die ungewöhnliche Allianz entstand nicht etwa im Verborgenen. Ein erster Vertrag zwischen der Berliner Polizei und einem Übersetzungsbüro nahm bereits 1995 die Hürden der Bürokratie - mit Wissen von Saberschinsky, dessen Anwalt jeglichen Rechtsbruch seines Mandanten bestreitet. Ein

ranghoher Polizist erhob, allerdings vergebens, "rechtliche Bedenken" gegen die Leihverträge.
Begründung: Strafbar werde sich nach einer geplanten Verschärfung der Gesetze auch ein Beamter machen, der einen Vorteil für seine Behörde annimmt.

So viel juristischer Sachverstand war damals in der Behörde von Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) offenbar nicht vorhanden. Als Saberschinsky die Ministerialen um "die datenschutzrechtliche Zustimmung zur Errichtung einer Spurendokumentationsdatei zur Auswertung von Telefonüberwachungen" bat, erhielten diese auch Kenntnis von der Connection zwischen Polizei und Übersetzern und fragten nicht nach.

Man könne nicht ausschließen, so die Innenbehörde heute kleinlaut, dass der Polizeipräsident dies damals als Zustimmung interpretiert habe - "irrtümlich" natürlich.

MATTHIAS GEBAUER, HOLGER STARK

URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,228733,00.html>
